

ROLF-JÜRGEN GLEITSMANN  
GÜNTHER OETZEL

# FORTSCHRITTSFEINDE IM ATOMZEITALTER?

PROTEST UND INNOVATIONSMANAGEMENT AM  
BEISPIEL DER FRÜHEN KERNENERGIEPLÄNE DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

BERLIN 2026



BIBLIOGRAFISCHE INFORMATION DER DEUTSCHEN BIBLIOTHEK

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [▶<http://dnb.dnb.de>](http://dnb.dnb.de) abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Vervielfältigung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Der Verlag und der Autor gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch der Autor übernehmen Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

In diesem Buch wird das generische Maskulinum verwendet. Keinesfalls sind damit Diskriminierungen beabsichtigt.

VERLAG

GNT Publishing GmbH, Lasiuszeile 2, 13585 Berlin, Germany  
[▶<gnt-verlag.de>](http://gnt-verlag.de)

UNVERÄNDERTE AUSGABE DER PRINTAUSGABE

© 2012, 2026 GNT Publishing GmbH, Berlin, Germany  
ISBN 978-3-86225-596-2 (E-Book/PDF, Version 2/260421)  
ISBN 978-3-86225-101-8 (Printausgabe)  
[▶<doi.org/10.47261/1596>](https://doi.org/10.47261/1596)

Alle Rechte vorbehalten. ALL RIGHTS RESERVED.

## 8 Zusammenfassende Schlussbetrachtung

Es war eingangs angemerkt worden, dass das Schwergewicht der vorliegenden Untersuchung darauf gerichtet sein sollte, nicht etwa nur eine eher chronologisch angelegte Abschilderung jener Geschehnisse zu geben, die sich in den Jahren von 1955 bis 1958 mit dem Stichwort „Widerstände gegen die Ansiedlung der Reaktorstation Karlsruhe“ verbinden. Vielmehr sollte es wesentlich mit darum gehen, diese Vorgänge kritisch zu analysieren und in das allgemeine Zeitgeschehen einzuordnen. Die Fragen, die zu stellen und zu beantworten waren, betrafen mithin insbesondere das allgemein Technik- und Fortschrittsverständnis der Zeit, den Antagonismus von Befürwortung und Ablehnung der Reaktoransiedlung, sowie die Aufdeckung von Handlungsmotiven und Handlungsstrategien der an der Auseinandersetzung Beteiligten.

Dabei wurden die „Stationen“ der zu untersuchenden Kontroverse, also:

- die „Karlsruher Stadtratsdiskussion“ vom 20. September 1955;
  - die Ereignisse um den Festakt zur Gründung der Kernreaktor Bau- und Betriebs-gesellschaft vom 19. Juli 1956; sowie schließlich
  - die die weiteren heftigen Auseinandersetzungen einleitende Berichterstattung der Karlsruher Regionalpresse vom 8. und 11. September 1956
- zu den Fixpunkten für die Gliederung der Studie.

Im Kern ist für diese Phasen der Kontroverse und des Widerstandes gegen die zum Teil heftig abgelehnte, aber auch ebenso deutlich befürwortete Invention einer neuen Technologie folgendes charakteristisch:

In der ersten Phase der Reaktoransiedlungspläne und im Vorfeld der Stadtratsentscheidung hierüber hatten die politischen Entscheidungsträger, und zwar insbesondere der Karlsruher Oberbürgermeister Klotz, es nicht versäumt, die Bevölkerung informativ auf die bevorstehenden Entscheidungen einzustimmen.

Klotz hatte zu Recht erkannt, dass es für den weiteren Gang der Dinge nicht nur hilfreich, sondern politisch höchst opportun war, das Klima der allgemeinen Technikakzeptanz in der Stadt durch gezielte Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit auch auf den spezifischen Fall „Reaktorstation“ vorzubereiten. Eine im Vorfeld durchgeführte Emnid-Umfrage hatte den politischen Entscheidungsträgern zunächst einmal gezeigt, dass die breite Öffentlichkeit der neuen Technologie eine erhebliche Akzeptanz entgegenbrachte, bei gleichzeitig allerdings auch deutlichem Desinteresse. Hier schien mithin eine fortlaufend positiv-aufklärende Presseberichterstattung der geeignete Weg, um die Reaktoransiedlungspläne konsensfähig und umsetzbar zu halten. Das Neue bei der später auch von offiziellen Stellen mehrfach als beispielhaft gewürdigten Vorgehensweise der Stadt Karlsruhe in der Frühphase der Reaktoransiedlungspläne bestand in der Erkenntnis, dass der Faktor Öffentlichkeit für die praktische Umsetzung großtechnischer Projekte ungemeine Bedeutung besaß. Die Elemente moderner Public Relation-Arbeit, wie der Einsatz von Meinungsumfragen, Pressekonferenzen, Informationsreisen, Themenausstellungen und gezielter Pressearbeit, sprechen für die Sensibilität der Verantwortlichen im Hinblick auf die sich in den 1950er Jahren abzeichnenden veränderten gesellschaftlichen Grundkonstellationen.

Auf politischer Ebene galt es, vor allem die Stadtratsmitglieder auf die Position des Oberbürgermeisters einzuschwören. Auch hier setzte er mit bestem Erfolg auf die Wirkung von „Sachinformation“ und initiierte die Entsendung dreier Stadtratskommissionen zu ausländischen Kernforschungszentren.

Öffentlichkeit und politische Mandatsträger konnten so immer den Eindruck gewinnen, über den Entscheidungsprozeß um die Reaktorstation informiert und daran beteiligt zu sein. Die Stadtratsabstimmung selbst kann vor diesem Hintergrund lediglich als formal-demokratischer Akt einer längst vorher konsensfähig gemachten Entscheidung gelten, hatte mithin nurmehr deklamatorischen Charakter. Dem hatte im Vorfeld auch die bereits im Oktober 1953 erfolgte vertrauliche Einbindung der Stadtratsfraktionen von SPD, CDU sowie FDP/DVP in die Pläne des Oberbürgermeisters gedient. Zu diesem Zeitpunkt, d.h. bei noch offener Standortentscheidung, bestand der erzielte Konsens der politischen Mandatsträger und Verwaltungsexperten darin, eine frühzeitige öffentliche Diskussion der Thematik Reaktorstation in Karlsruhe zu unterbinden. Der Oberbürgermeister wollte der Gefahr „toller Gerüchte“ im lokalen Umfeld vorbeugen.<sup>356</sup>

Mithin konnte Klotz davon ausgehen, im Mandat aller für die Stadt relevanten Kräfte zu handeln und musste sich möglicherweise nur der Opposition der ohnehin wenig bedeutsamen KPD gewärtig sein. Und dies ohnehin nur dann, wenn die KPD vom ideologischen Dogma des Marxismus-Leninismus abrücken würde, dass technischer Fortschritt als solcher uneingeschränkt zu begrüßen sei, da er über die Veränderung des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen revolutionierend auf die Gesellschaft wirken würde. Auch und gerade die Produktivkraftentwicklung auf dem Sektor der Atomenergie wurde als Element der Destabilisierung des kapitalistischen Systems interpretiert und mithin zur notwendigen Stufe auf dem Weg zur sozialistischen Zukunftsgesellschaft. Die Gegenstimme des lokalen KPD-Vertreters im Gemeinderat war somit keine Infragestellung des Atomkonsenses, sondern ein Protest gegen den „militärischen Missbrauch“ der Atomenergie durch die kapitalistische Führungsmacht USA, die den deutschen Reaktor durch das Standardabkommen gemäß der Genfer Atomkonferenz von 1955 in den Dienst der eigenen atomaren Aufrüstung stellen würde.<sup>357</sup>

Auch wenn zu diesem frühen Zeitpunkt nicht damit zu rechnen war, dass die Stadtratsentscheidung einstimmig würde gefällt werden können, so war doch offenkundig, dass die Abstimmungsmehrheit für eine Reaktorsiedlung überwältigend ausfallen musste. Eine reale Entscheidungssituation, die die Gefahr der Ablehnung in sich barg, war mithin schon am 20. September 1955 nicht mehr gegeben.

---

356 Einladung und Niederschrift über die Besprechung mit Vertretern des Karlsruher Stadtrates und Bürgermeisteramtes am 6.10.1953 unter dem Vorsitz von OB Klotz, veröffentlicht in: Gleitsmann: Im Widerstreit der Meinungen (...). S.136-149.

In seiner berühmten „atoms for peace“-Rede am 8. Dezember 1953 hatte US-Präsident Eisenhower die Lieferung von angereichertem Uran für Länder in Aussicht gestellt, die sich vertraglich in einem sog. Standardabkommen verpflichteten ihre Atomforschung einem bestimmten Regularium zu unterwerfen. Neben der Aufsicht durch eine Internationale Atomenergiebehörde und der Offenlegung von Forschungsergebnissen, beinhaltete das Abkommen die Verpflichtung die abgebrannten Uranstäbe zur Wiederaufarbeitung in die USA zu überführen. D.h. KPD-Stadtrat Mezirek konnte in der Tat darauf verweisen, dass in deutschen Reaktoren verwendetes angereichertes Uran nach Rückführung in die USA und dem Durchlauf in einer dortigen Wiederaufarbeitungsanlage als Plutonium u.a. auch für den Aufbau des Atomwaffenarsenals der USA verwendet wurde.

Aus Äußerungen des damaligen baden-württembergischen Wirtschaftsministers und SPD-Politikers Hermann Veit wird erkennbar, worin er den eigentlichen Kern des öffentlichen Unmuts, der durch die Verlegung des Reaktorstandortes in den Karlsruher Landkreis 1957 ausgelöst worden war, sah.<sup>358</sup> Er unterstrich nämlich, dass ein Reaktor „in der heutigen psychologischen Situation“ der Bevölkerung erst nach vorausgegangener gründlicher Befragung und Aufklärung errichtet werden solle. Auf diese Weise könnten unberechtigte und unbegründete Vorurteile gegen die Atomenergie zerstreut werden. Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte, und nachdem sich die Bevölkerung „von der Gefahrlosigkeit und der Notwendigkeit hat überzeugen lassen“<sup>359</sup>, könne sie durchaus für ein derartiges Projekt gewonnen werden. Als Beleg für seine Auffassung verwies Veit explizit auf das Beispiel der Stadt Karlsruhe und das Ergebnis der Stadtratsabstimmung. Politisches Handeln, so Veits Analyse, könne mithin, insbesondere in demokratisch organisierten Gemeinwesen, nur dann erfolgreich sein, wenn die zu treffenden Entscheidungen vorab (!) entsprechend vorbereitet und abgesichert würden, also den „Souverän“ nicht unvorbereitet trafen.

Veit erweckt damit den Eindruck, als ob die Politik, sobald sie sich selbst einmal für die Innovation einer bedeutsamen Technologie entschlossen habe, keineswegs mehr an einer öffentlichen, kontroversen und im Hinblick auf ihren Ausgang offenen Diskussion interessiert sein könne.

Nach diesem Politikverständnis besteht der Zweck planenden Handelns darin, die Akzeptanz für bereits längst getroffene Entscheidungen herbeizuführen. Die Realisierung von Vorhaben sei sicherzustellen und möglichst reibungslos durchzusetzen.

Die Vorbereitung einer derartigen Ausgangslage schien sowohl im Hinblick auf die Karlsruher Stadtratssitzung vom September 1955, als auch auf die Vertragsunterzeichnung zur Kernreaktor Bau- und Betriebsgesellschaft vom Juli 1956 erfolgreich abgeschlossen worden zu sein. Einer praktischen Umsetzung des Vorhabens konnte nun eigentlich nichts mehr im Wege stehen.

Umso überraschter war man, als nach der mehr oder weniger stillschweigenden, aber von der Sache her an sich als unbedeutend bewerteten Verlegung des Reaktorstandortes aus dem Stadtgebiet Karlsruhes in den Landkreis nun plötzlich eine öffentliche Diskussion aufbrach. Das Stichwort, an dem sich dieser Widerstand entzündet hatte, hieß: Sicherheitsgründe<sup>360</sup> und war zudem noch eher beiläufig und ohne konkrete Absicht in den entsprechenden Zeitungsaufschlagartikeln eingeflossen!

Erst nachdem das „Kind schon in den Brunnen gefallen“ war, entschlossen sich die offiziellen Stellen zum probaten Mittel umgehender „Aufklärungskampagnen“ zu greifen. Ausstellungen, Presseberichte, Informationsabende etc. bildeten den öffentlichen Teil der Maßnahmen. Wie Presseberichte allerdings zeigen, fielen diese Bemühungen zunächst auf nur beschränkt fruchtbaren Boden.

Die andere Seite der „psychologischen Maßnahmen“, also die Ausübung institutionellen Druckes auf die Widersachergemeinden und ihre politischen Repräsentanten, versuchte nun auf diese Weise „wieder gut zu machen“, was im Vorfelde viel leichter und auf dem Wege argumentativer Information und Überzeugung hätte erreicht werden können. So gehen nun Aufklärung und Repression Hand in Hand und schaffen

---

358 HStSt EA 6/10 Bü 8713 Redeentwurf von Wirtschaftsminister Veit für die gemeinsame Sitzung des Beirats für Kernenergie und der Fachkommission für Strahlenschutz zum Stand des Bauvorhabens vom 7.3.1957.

359 Ebd.

360 BNN-Stadt 8.9.1956/ BNN-Hardt 11.9.1956 „Reaktor voraussichtlich nicht auf Karlsruher Gemarkung“.

eben gerade nicht jenes Klima des Vertrauens, welches zur Revision der Ablehnung der Reaktoransiedlungspläne erforderlich gewesen wäre. Ganz im Gegenteil. Es wird ein Gefühl der Demokratie- und Staatsverdrossenheit ausgelöst, und zwar in einem gesellschaftspolitischen Umfeld, welches von Haus aus an sich konservativen Wertvorstellungen und einer staatsloyalen Grundhaltung verpflichtet ist.

Zum Abbröckeln der „Ablehnungsfront“ trägt schließlich entscheidend bei, dass das Land Baden-Württemberg den Hardtgemeinden und ihren politischen Repräsentanten eindringlich die ökonomische Dimension der Ansiedlungsentscheidung verdeutlicht. Auch die eigentliche Entscheidung über Fördermittelzuflüsse des Landes an die Hardtgemeinden gedachte man von einem positiven Votum zur Standortwahl abhängig zu machen.

Bei den publizistischen Medien fanden diese Maßnahmen, zumindest soweit sie öffentlich wurden, durchweg Unterstützung. Das Parteiergreifen für den technischen Fortschritt, für die Kernenergienutzung, für eine Zukunft mit Wirtschaftswachstum und Wohlstand, scheint auch für die Presse der Bundesrepublik der 1950er Jahre eine absolute Selbstverständlichkeit gewesen zu sein. Eine Position zudem, die in keiner Weise zur Diskussion stand.

Die vermeintlichen Gegner des technischen Fortschritts konnten so a priori keinen leichten Stand haben. Nicht nur das Zurückweisen ihrer inhaltlichen Position, sondern sogar einer persönliche Diffamierung stand kaum etwas im Wege. Dennoch ist es keineswegs so, dass sich auch die regionalen Karlsruher Zeitungen an allzu böswilligen Angriffen auf die Gegner der Reaktorstation beteiligten. Bei aller sonstigen Befürwortung des Reaktorprojektes wiesen zumindest die Badischen Neuesten Nachrichten und die Badische Volkszeitung Darstellungen zurück, die die Reaktorgegner als:

- „1. ein(en) Forstassessor, der um seine Rehe bangt,
2. die Herausgeberin einer Jungmädchenzeitschrift (...) sowie
3. die Frau eines Kohlenhändlers, von der einige behaupten (...) sie habe ein strahlengeschädigtes Kind bekommen“<sup>361</sup>, diffamierten.

Die Badischen Neuesten Nachrichten kombinierten ihre unterschwellige und leise Kritik am Umgang mit der Bevölkerung der Hardt mit der Warnung vor extremistischen Umtrieben. Der mündige Bürger solle sich nicht von „Radaubrüdern“ und „fremden aufwieglerischen Volksrednern“<sup>362</sup> aufputschen lassen. Diese Strategie einer Kontrastierung der „braven Bürger“ mit auswärtigen, „fremden“ und politisch extremistischen „Elementen“, bestimmte auch die Wahrnehmung des Bürgerprotestes durch politische Mandatsträger. So entdeckte zum Beispiel der Bundestagsabgeordnete Ruhnke eine kommunistische Unterwanderung des Widerstandes: „Auf Grund dieser Verhandlungen hatte ich den Verdacht, daß kommunistische Agenten die Drahtzieher dieser Aktion sind.“<sup>363</sup> Diese Ausgrenzung und Diffamierung des Bürgerprotestes weist auf die Schwierigkeiten hin, Erklärungen für das widerständige Verhalten der Bevölkerung zu finden. Der Vorwurf kommunistischer Unterwanderung steht hierbei als Extrembeispiel für ein völliges Missverständnis und Unverständnis gegenüber dem Phänomen „Bürgerprotest“.

---

361 BNN-Hardt 10.12.1956 „Aufklärung nicht Aufputschung tut Not“.

362 Ebd.

363 HStSt EA 6/10 Bü 8722 Aktennotiz MdB Ruhnke vom 11.7.1958. S.3.

Die leise Kritik lokaler Medien änderte nichts daran, dass zumindest der Friedrichstaler Bürgermeister Max Borell, von dem der intensivste Widerstand gegen das Projekt ausging, sich häufig Polemiken gegenübergestellt sah. Er selbst reagierte auf diese wiederholt öffentlich mit der Feststellung: „Ich bin nicht gegen einen Atommeiler. Ich bin auch nicht gegen den Fortschritt und vor allen Dingen bin ich kein Querulant.“<sup>364</sup>

Während die Diskussion um die Reaktoransiedlung in Karlsruhe selbst auf die rein parlamentarische Ebene, d.h. den Stadtrat, begrenzt blieb, findet in den Hardtgemeinden eine offenkundige Politisierung der Bürgerschaft in dieser Frage statt. Es formiert sich eine regelrechte erste Bürgerbewegung, die trotz basisdemokratischer Entscheidungsfindung dann ausschließlich durch die regionalen politischen Mandatsträger (Bürgermeister) repräsentiert wird. Vom politischen Willen her gesehen, besteht im Hinblick auf die Ablehnung der Reaktoransiedlung Interessenidentität zwischen der direkt betroffenen Bürgerschaft und ihrer politischen Vertretung auf Gemeindeebene.

Nachdem die Hardtgemeinden die Reaktoransiedlung nicht hatten verhindern können, findet man sich von 1958 an mit den bestehenden Gegebenheiten ab. Ein erheblicher ökonomischer Aufstieg setzt ein. Heute dürften die Einwohner der Hardtgemeinden wohl eher den Kernkraftbefürwortern denn Gegnern zuzurechnen sein.

---

364 BVZ 21.2.1957 »Wir sind keine Querulanten«